

# Reichstagswahl und Eisenbahner

In der letzten Wahlperiode des Reichstages sind die Eisenbahner stärker denn zuvor in Erscheinung getreten. Neben der Frage der Erhaltung des Reichsbahngesetzes, das gleichzeitig mit dem übrigen Staatsgesetz verabschiedet wurde, war es die Frage der Betriebsämter, die infolge der zunehmenden Eisenbahnerbetriebsämter, die infolge der zunehmenden Eisenbahnerbetriebsämter, die infolge der zunehmenden Eisenbahnerbetriebsämter...

Wie immer vor den Wahlen kühnen auch jetzt wieder die Parteien, die durch ihre Haltung in den vorstehend angeführten Eisenbahnerbetriebsämtern das Personal betrogen und belogen haben, um die Stimmen der 700.000 Eisenbahner. Spaltenlange Artikel erscheinen in der sozialdemokratischen und bürgerlichen Presse, die sich mit den Verhältnissen der Eisenbahnerbetriebsämter beschäftigen. Die Bürokratie will den Nachweis erbringen, daß sie das Reichsbahngesetz für die Eisenbahner getan hätte. Auf einmal entdecken die gleichen Leute, die zu jeder Zeit bereit waren, die Ziele der Hauptverwaltung zu unterdrücken, daß die Eisenbahner zu unterstützen, daß ihre „Tätigkeit“ nur im Interesse des Personals gewesen sei. So hat der Vorstand des Eisenbahnerbetriebsämter mit dem Feind vor kurzem eine Sitzung abgehalten und eine Entschließung angenommen, in der es u. a. heißt:

„In der Erkenntnis, daß die Regierung Müller beiseite gelassen wurde, weil sie sich entschieden für die gewerkschaftlichen Interessen einsetzte und daß sich die Sozialdemokratische Partei als die beste politische Interessensvertretung der Eisenbahner erwiesen hat, fordert die Konferenz die Kollegen und ihre Familienangehörigen auf, die Sozialdemokratische Partei bei der Wahl nach Kräften zu unterstützen und am 14. September die Liste 1 zu wählen.“

In einer anderen Stelle der Entschließung wird gesagt: „Die Organisation wird sich jedem Versuch des Abbaues des Reallohns mit allen gewerkschaftlichen Mitteln widersetzen.“

„Radikal“ auf einmal, Einheitsverband und Sozialdemokratie behaupten die Forderung, die unter der Regierung Hermann Müller gegen die Eisenbahner getroffenen Ausnahmestimmungen zu verteidigen. Sie haben den Mut, den Schandfriedensvertrag, der den Eisenbahner die Hungerlöhne brachte und der ihm für verbindlich erklärt wurde, als einen Fortschritt im sozialpolitischen Gebiete hinzustellen. Mit einer Skrupellosigkeit, die von jeder der Sozialisten auszeichnet und mit der ihnen angebotenen „Intelligenz“ aus schwarz weiß zu machen, denken sie neuen Verrat an den Eisenbahner vor. Jene Elemente, die aus Koalitionsinteresse — lies: Staatspräsidenten — jede Schandtat, die sich gegen die Arbeiterklasse richtet, mundtot machen heute im Wahlkampf den „Gegner“ der Bourgeoisie. Hat nicht die Hauptverwaltung durch die Forderung des Reichsbahngesetzes, dem die Sozialisten, Christen und Jüdische zustimmen, noch weiteres Terrain gewonnen, das sie bereits in der kurzen Zeit, seit Inkrafttreten der neuen Bestimmungen zur Anedelung der Arbeiter in hartem Maße ausgenutzt? Bietet doch dieses Gesetz der Verwaltung die Handhabe zur unumkehrbaren Macht im Reichsbahnbetrieb. Diese unzulässige Forderung kann mit keinem Argument widerlegt werden. In jeder Beziehung haben die Dörmüller und Siemens in den gewerkschaftlichen guten Schrittmacher der Durchführung ihrer reaktionären Maßnahmen gefunden. Das beweisen doch sehr eindeutig die zwischen den Tariforganisationen der Eisenbahner und der Hauptverwaltung abgeschlossenen Vereinbarungen betreffend Zulicherichten und Personalabbau. Ohne die Mitgliedschaft zu befragen, hat die Gewerkschaftsbürokratie diesen rigorösen Maßnahmen zugestimmt. Ja, die Sozialisten verhalten sich gegenüber den Eisenbahnerbetriebsämtern noch. So schreibt z. B. der „Vorwärts“ zu dem Verhandlungsergebnis hinsichtlich der Forderungen, daß deren einziges begründbares Resultat die Einschränkung des Achtstundentages sei. Das ist die Interessensvertretung der Sozialdemokratie, die jeder Eisenbahner am eigenen Leibe spürt. Die Hinfälligkeit in der Anwendung der Demagogie aber wird mit einem Artikel, erschienen im Organ des Eisenbahnerbetriebsämter, erreicht. Dort heißt es:

„Als vor einigen Monaten im Stahlwerk Beder — dank der Mithilfe der christlichen Gewerkschaften — die Lohnföhrung durchgeführt wurde, war die Bahn frei. Und bei Abschluß des späteren Kampfes der Metallarbeiter in Nordwestdeutschland wurde der Lohnabbau von der Regierung Brüning dadurch launföhrig, daß der berühmte gewordene Dörmüller Schiedsspruch für verbindlich erklärt wurde.“

Das war ein nackter Lohnraub von Rechts wegen!

Wer das miterlebte und sich die Folgen ausmalte (s. Siemensbeispiel), der kann nur den einen Willen haben, einen Reichstag zu bekommen, der auf gerechtere Weise der herrschenden Not entgegenwirkt.“

## Die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition ruft:

# Gebt für den Wahlfonds der KPD!

Arbeiter, Arbeiterinnen, Gewerkschaftler!

Der Bundesvorstand des ADGB hat eine Million Mark Gewerkschaftsgelder an den Wahlfonds der SPD verschoben.

Die lauer verdienten Großen der Arbeiter, die sie als Verbandbeiträge bezahlten, werden auf diese Weise von den Gewerkschaftsföhrern der Partei des Panzerkreuzerbaus, des Raubes der Erwerbslosenunterstützung und tausend anderer arbeiterfeindlicher Maßnahmen, zum Kampfe gegen die kommunistische Partei und damit gegen die Arbeiterklasse, ausgeliefert.

Die sozialfaschistische Gewerkschaftsbürokratie unterstützt nicht nur das Truistkapital bei Lohnraub, Massenentlassungen und weiterer kapitalistischer Nationalisierung, sondern benutz auch ihre Verfügungsgewalt über die ihnen ausgelieferten Mitgliederbeiträge, um die Wahlpropaganda der arbeiterfeindlichen SPD zu finanzieren.

Arbeiter, Arbeiterinnen, Gewerkschaftler! Eure Gelder werden nicht zur Finanzierung eurer Kämpfe, zur Unterstützung von Streikenden und Gemahrgelerten verwandt, sondern zu eurer weiteren Verelendung und Unterdrückung an die SPD abgegeben. Erhebt gegen diese Verschleuderung eurer Gelder, die allein dem Truistkapital nützt, überall in den Betrieben und Gewerkschaftsversammlungen Protest!

Beischießt in euren Versammlungen die Ueberweisung von Mitteln aus den Lokalkassen der Verbände an den Wahlfonds der einzigen Arbeiterpartei, der kommunistischen Partei!

Zeichnet selbst einen Stundenlohn für den Wahlfonds der KPD! Die Parole jedes Arbeiters muß sein: Wenn die Bonzen die SPD finanzieren, dann müssen die Arbeiter die KPD unterstützen!

Alle Arbeiter wählen am 14. September KPD, Liste 4!

Reichskomitee der KPD.

## ADGB-Betriebsgruppen tauschen Erfahrungen aus

Die Arbeiter von Dillroy & Bock in Torgau an ihre Dresdner Kollegen

Liebe Klassengenossen!

Wir wollen euch heute einen kurzen Bericht senden über die in unserem Betriebe vorgenommene Nationalisierung und erwarten von euch, daß ihr uns ebenfalls Material übersendet:

### Bauarbeiter, wer hat euch verraten?

Am 14. August haben wir in der Arbeiterstimme an die Bauarbeiter die Frage gestellt: „Wer hat euch verraten?“ Heute bringen wir die Antwort.

Wir zitieren am 14. August folgendes aus dem „Grundstein“:

„Es muß alles geschehen, um zu veranlassen, daß auch die Bauarbeiter in den Genuß der Krisenfürsorge kommen. Nach wie vor muß auch der Sondergesetzgebung bei beruflicher Arbeitslosigkeit unser fernerer Kampf gelten. Dieses Ausnahmegesetz muß verschwinden, selbst dann, wenn größere Opfer gebracht werden müssen.“ („Grundstein“ Nr. 12, März 1929.)

### ... die Sozialdemokraten!

Am 21. August legte Wissell, der sozialdemokratische Arbeitsminister, seine Abbaupläne für die Erwerbslosen im Sozialpolitischen Ausschuß vor. Alle Sozialdemokraten stimmten im Ausschuß wie im Reichstag dafür! Allein die Kommunisten traten für die Erwerbslosen ein! Und nun der Hohn der SPD-Verräter:

„Die Arbeiter haben es sich schließlich selbst zuzuschreiben, wenn ihnen die Arbeitslosenunterstützung verschlechtert wird!“ („Grundstein“ Nr. 32, 10. August 1929.)

Antwortet auf die Infamie: Schart euch um die RGO! Wählt Kommunisten, Liste 4!

Die Verräter sind eifrig am Werk, ihre Schuld an dem Elend der Arbeiterklasse zu verbergen. Sie, die dieses Recht zur gelegentlichen Ausbeutung der Massen nicht nur mitgeschaffen, sondern es auch praktisch gegen die Arbeiterklasse anwenden, setzen jetzt über die Auswirkungen ihrer eigenen Gesetzgebung. Daß das nur Schein ist, brauchen wir nicht besonders zu betonen, aber wer hat in Nordmeß, Ransfeld und im Stahlwerk Beder den Verrat an den sich wehrenden Arbeitern begangen? Die Gewerkschaftsbürokratie hat in jedem Falle der Bourgeoisie Hülfsdienste geleistet. Diese Taten können auch mit der elendesten Wahlmasche nicht aus der Welt geschafft werden. Jedoch der Zweck der Uebung ist klar. Jetzt geht es um die Mandate und da schwindeln sie aus Prinzip.

Die Eisenbahner dürfen aber auf diesen Schwindel nicht erneut hereinfallen. Sie haben zu bittere Lehren hinter sich. Für sie gibt es nur eins, nämlich rücksichtslose Abrechnung mit den Verrätern ihrer Interessen. Deshalb jede Stimme am Wahltag der kommunistischen Liste!

Reichskomitee der KPD.

Die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition ruft:

Gebt für den Wahlfonds der KPD!

Arbeiter, Arbeiterinnen, Gewerkschaftler!

Der Bundesvorstand des ADGB hat eine Million Mark Gewerkschaftsgelder an den Wahlfonds der SPD verschoben.

Die lauer verdienten Großen der Arbeiter, die sie als Verbandbeiträge bezahlten, werden auf diese Weise von den Gewerkschaftsföhrern der Partei des Panzerkreuzerbaus, des Raubes der Erwerbslosenunterstützung und tausend anderer arbeiterfeindlicher Maßnahmen, zum Kampfe gegen die kommunistische Partei und damit gegen die Arbeiterklasse, ausgeliefert.

Die sozialfaschistische Gewerkschaftsbürokratie unterstützt nicht nur das Truistkapital bei Lohnraub, Massenentlassungen und weiterer kapitalistischer Nationalisierung, sondern benutz auch ihre Verfügungsgewalt über die ihnen ausgelieferten Mitgliederbeiträge, um die Wahlpropaganda der arbeiterfeindlichen SPD zu finanzieren.

Arbeiter, Arbeiterinnen, Gewerkschaftler! Eure Gelder werden nicht zur Finanzierung eurer Kämpfe, zur Unterstützung von Streikenden und Gemahrgelerten verwandt, sondern zu eurer weiteren Verelendung und Unterdrückung an die SPD abgegeben. Erhebt gegen diese Verschleuderung eurer Gelder, die allein dem Truistkapital nützt, überall in den Betrieben und Gewerkschaftsversammlungen Protest!

Beischießt in euren Versammlungen die Ueberweisung von Mitteln aus den Lokalkassen der Verbände an den Wahlfonds der einzigen Arbeiterpartei, der kommunistischen Partei!

Zeichnet selbst einen Stundenlohn für den Wahlfonds der KPD! Die Parole jedes Arbeiters muß sein: Wenn die Bonzen die SPD finanzieren, dann müssen die Arbeiter die KPD unterstützen!

Alle Arbeiter wählen am 14. September KPD, Liste 4!

Reichskomitee der KPD.

Die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition ruft:

Gebt für den Wahlfonds der KPD!

Arbeiter, Arbeiterinnen, Gewerkschaftler!

Der Bundesvorstand des ADGB hat eine Million Mark Gewerkschaftsgelder an den Wahlfonds der SPD verschoben.

Die lauer verdienten Großen der Arbeiter, die sie als Verbandbeiträge bezahlten, werden auf diese Weise von den Gewerkschaftsföhrern der Partei des Panzerkreuzerbaus, des Raubes der Erwerbslosenunterstützung und tausend anderer arbeiterfeindlicher Maßnahmen, zum Kampfe gegen die kommunistische Partei und damit gegen die Arbeiterklasse, ausgeliefert.

Die sozialfaschistische Gewerkschaftsbürokratie unterstützt nicht nur das Truistkapital bei Lohnraub, Massenentlassungen und weiterer kapitalistischer Nationalisierung, sondern benutz auch ihre Verfügungsgewalt über die ihnen ausgelieferten Mitgliederbeiträge, um die Wahlpropaganda der arbeiterfeindlichen SPD zu finanzieren.

Arbeiter, Arbeiterinnen, Gewerkschaftler! Eure Gelder werden nicht zur Finanzierung eurer Kämpfe, zur Unterstützung von Streikenden und Gemahrgelerten verwandt, sondern zu eurer weiteren Verelendung und Unterdrückung an die SPD abgegeben. Erhebt gegen diese Verschleuderung eurer Gelder, die allein dem Truistkapital nützt, überall in den Betrieben und Gewerkschaftsversammlungen Protest!

Beischießt in euren Versammlungen die Ueberweisung von Mitteln aus den Lokalkassen der Verbände an den Wahlfonds der einzigen Arbeiterpartei, der kommunistischen Partei!

Zeichnet selbst einen Stundenlohn für den Wahlfonds der KPD! Die Parole jedes Arbeiters muß sein: Wenn die Bonzen die SPD finanzieren, dann müssen die Arbeiter die KPD unterstützen!

Alle Arbeiter wählen am 14. September KPD, Liste 4!

Reichskomitee der KPD.

## Erleienz und DMW-Föhrer

Ein Beitrag zum 19. Verbandstag

„Wir verraten kein Geheimnis mit der Mitteilung, daß in naheliegender Reihen der Deutschen Metallarbeiterverbände (DMW) wiederholt erklärt worden ist, es nicht eine Vereinigung mit dem Hirsch-Dunderschen Verband möglich ist.“

Metallarbeiterzeitung vom 9. August 1930.

Die sozialdemokratischen Strategen vom DMW sind in einen Fehlschritt geraten, wegen des Uebertretens des bürgerlichen Gewerkschafters vom Hirsch-Dunderschen Gewerkschaft der Metallarbeiter zur SPD.

Die Hirsch-Dundersche bürgerliche Gewerkschaftsorganisation wurde 1868 von der Bourgeoisie ausdrücklich zu dem Zweck geschaffen, um ein Gegengewicht gegen die sozialistischen Gewerkschaften zu schaffen. Aus einem Rundbrief des Vorstandes der Hirsch-Dunderschen Gewerkschaft vom 23. April 1869 geht der Zweck dieser Gründung ganz klar hervor:

„... daß die Gewerkschaften, ... weit entfernt, Arbeitseinstellungen zu propagieren, dieselben vielmehr auf alle Weise zu erschweren und zu verhindern suchen. Es ist jede prinzipielle Feindseligkeit gegen das Kapital gänzlich ausgeschlossen.“

Hat sich in dieser grundlegenden Auffassung der Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften, heute etwas geändert? Nicht das geringste. Sie konstatieren dagegen freudestrahelnd, daß sich die Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften ihre wirtschaftsfriedlichen Programme angeeignet haben. Das kam besonders beim Hamburger Gewerkschaftskongreß, der die Parole von der Wirtschafts-demokratie proklamierte, zum Ausdruck. Warum soll Erleienz bei der Uebernahme der wirtschaftsfriedlichen Grundzüge der bürgerlichen Gewerkschaften durch SPD und Bürokratie der freien Gewerkschaften nicht zur SPD und die Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften geben? Bei einer solchen Wenderang der grundlegenden Auffassungen, die in der Metallarbeiterzeitung offen zugegeben wird, ist es nur konsequent, wenn die Wirtschaftsdemokraten des

DMW die Vereinigung mit den Wirtschaftsdemokraten von den Hirschen erstreben.

„Dies um so eher, als sich ja die gewerkschaftliche Auffassung der beiden Richtungen nicht wesentlich unterscheidet.“

So lautet das Eingeländnis des Vorstandes in derselben Nummer der Metallarbeiterzeitung. Was bedeutet dieses Eingeländnis? 1. Die offene Bestätigung der Feststellungen der DMW-Opposition, daß sich die DMW-Föhrer von den streikfeindlichen bürgerlichen Gewerkschaften nicht im geringsten unterscheiden. 2. Die Festätigung, daß die DMW-Föhrer sich nicht als Vertreter der proletarischen Klasse und Feinde des kapitalistischen Staates, sondern als Teile des Bürgertums und Hilfsorgane des kapitalistischen Staates fühlen.

Die Mitglieder des DMW dagegen wollen eine Klassen-gewerkschaft und keinen bürgerlichen Harmonieverein, wie auch die DMW-Föhrer vor dem Kriege noch die Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften bezeichneten, sie werden dieses Eingeländnis des Vorstandes gerade zur Zeit des Verbandstages als einen weiteren Ansporn betrachten, alle Kräfte anzuspannen, um die arbeiterfeindliche Föhrung zu bekämpfen und die Metallarbeiter in den Reihen der RGO für den revolutionären Klassenkampf zu sammeln. Der zusammengefohrte Verbandstag erhält durch dieses Eingeländnis ganz offen wirtschaftsfriedliches Gepräge. Er wird dazu beitragen, den letzten Rest sozialistischer klingender Phrasen innerhalb des Verbandes zu beseitigen und damit auch das letzte Hindernis zum Uebergang ins bürgerliche Lager — zu den Hirschen. Er wird damit aber auch gleichzeitig dazu beitragen, daß Tausende ehrlicher Klassenbewußter Metallarbeiter zur Opposition stoßen und sich für den selbständigen Kampf der Arbeiter gegen den Willen dieser bürgerlichen Föhrer entscheiden werden.

Eine der schlimmsten Ausbeutungsformen der deutschen keramischen Industrie ist bestimmt unsere Firma.

Früher hat ein Wädel den Tag über 700 Tassen geformt, heute dagegen soll sie als niedrigste Leistung 3000 Stück schaffen. Erwartet wird, daß die Arbeiterinnen viel mehr schaffen. Durch unerhörte Anstrengung haben einzelne Arbeiterinnen 4800 Stück geschafft. Nun werden diese hohen Leistungen von allen verlangt. Gelingt es einer Arbeiterin nicht, soviel zu liefern, so heißt es einfach, sie ist nicht leistungsfähig und sie liegt dann auf die Straße. Mit den Keramikerinnen ist es genau so. Vor der verschärfen Nationalisierung hatten sie bisher eine Arbeitsleistung von 700 bis 800 Stück in 8 Stunden. Jetzt sollen sie aber 1600 bis 2800 Stück in derselben Zeit garziehen. Das ist natürlich eine glatte Unmöglichkeit. Um die Wädel bis zur Bewußtlosigkeit ausbeuten zu können, stellt man noch Aufseher hin. Diese Kapitalstrolche haben ganz vergessen, daß sie einst auch Arbeiter waren. Besonders müssen wir dem Oberdreher Kleid einmal sagen, daß er sich einmal überlegen soll, wie schäbig eigentlich seine Handlungsweise gegenüber der Belegschaft ist. Hintertreibt er doch sehr oft, daß die Arbeiterinnen den Tariflohn, den sie zu beanspruchen haben, bekommen.

Wir arbeiten jetzt verfürst, 3 bis 4 Tage in der Woche, das ist so die Regel. Trotzdem wird aber so viel verdient, daß noch große Neubauten ausgeführt werden können. Zum Beispiel wird am 1. Oktober in Torgau ein großer Neubau fertiggestellt und in Betrieb genommen. Alle kleinen Buden der keramischen Industrie werden zugrunde gerichtet. Die Nationalisierungsmassnahmen der großen Fabriken können von den kleinen nicht durchgeführt werden. Durch unerhörte Ausbeutung der Arbeiter, besonders der jugendlichen Arbeiterinnen und Arbeiter, können die großen Buden billiger verkauft als die kleinen. Wir leben in unserem Betriebe, daß immer weniger gelernte Leute beschäftigt werden. Wo früher erwachsene Arbeiter standen, da stehen jetzt Wädel oder Lehrlinge.

Wir haben in unserem Betriebe vollständig das amerikanische System. Nämlich das Laufende Band durch lärmliche Abteilungen. Unheimlich viel Arbeitskräfte werden dadurch gespart. Die Leistungen werden immer höher hinaufgeschraubt. Bisher lieferte ein Dreher mit einer Hilfskraft pro Tag 1100 Stück Teller im Durchschnitt. Heute, nach der erneuten Nationalisierung, sollen dieselben Kräfte pro Tag 2500 Stück Teller liefern. Den Profit steckt restlos der Unternehmer ein. So wie in den angeführten Abteilungen ist es überall. Geld wird es nicht mehr lange dauern, und auch die Unternehmer der keramischen Industrie werden, wenn sich die Arbeiterklasse nicht ganz energisch zur Wehr setzt, noch einen Vorteil für Lohnabbau ver suchen. Wir müssen das jetzt schon ganz klar sehen und die gesamte Arbeiterklasse mobilisieren. Viel mehr Arbeit müssen wir unter den jungen Arbeiterinnen leisten.

Ihr ausgebeuteten Proleten bei Dillroy & Bock!

Erkennt doch einmal ganz klar euer Schicksal! Seht doch nur einmal, wie gut es eurem Direktor geht. Zwei neue Autos, ein Motorboot usw. hat er zu seiner Verfügung. Ihr kommt mit Margarinebrot zur Arbeit und kauft bis zur Entkräftung. Immer neue Steuern werden euch aufgeschuldet. Alles will sich von eurem Blut und Schweiß mäßen. Die Herrschaften dagegen, die nichts machen, die leben herrlich und in Frieden.

Wir müssen uns zusammenschließen in einer Kampffront mit den Erwerbslosen! Kampf aller gegen das Ausdeutern! Geben wir ihnen die erste Antwort am 14. September! Unsere Partei ist die

Kommunistische Partei, ihr müht ihr eure Stimme geben!  
Die Zeitung der RGO, Betriebsgruppe Dillroy & Bock, Torgau.

Betriebsräte und Vertrauensleute, Delegierte zum Landeskongreß und Anhänger der RGO!

Alle Genossen, welche in Neubauer Betrieben arbeiten, besetzen am Dienstag abend 19.30 Uhr die Sitzung der RGO, Verwaltungsbezirk 5, im Restaurant Polier, Dresden-Plötzchen, Torgauer Straße.